

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Kein Dialog

(spk) Moskau hat kurzfristig Gespräche mit Litauens Führung über militärische Fragen abgesagt. Dies gab die Verteidigungsbehörde der Republik am Donnerstag in Wilna bekannt. Litauen, Lettland und Estland fordern im Zuge ihrer Unabhängigkeitsbestrebungen den Abzug der sowjetischen Truppen von ihren Territorien.

### Polen: Debatte verschoben

Polens Parlament, das Sejm, hat am Donnerstag die Diskussion über das Rücktrittsgesuch der Regierung verschoben. Ohne Aussprache billigte es einen Beschluss des Ältestenrats, wonach die Regierung vorgängig einen Rechenschaftsbericht über ihre 18monatige Tätigkeit vorlegen sollte. Damit ist gesichert, dass die Regierung vorderhand unverändert weiterarbeitet.

### Rumänen können bleiben

Die Abschiebung von rund 7000 rumänischen Flüchtlingen in deren Heimat findet vorerst nicht statt. Am späten Mittwochabend einigten sich Spitzenvertreter der Sozialpartner mit Arbeitsminister Walter Geppert und Innenminister Franz Löschnak auf eine Möglichkeit zur Beschäftigung von etwa 1500 unmittelbar betroffenen Rumänen. Die rund 100 straffällig gewordenen Rumänen werden jedoch abgeschoben.

## Erweiterung der Entsorgungsanlage «Haberfeld» in Vaduz

Die Gemeinde realisiert ein dezentrales Entsorgungskonzept - Hoffnung auf das Mitmachen der Bevölkerung - Oftmals noch Unkenntnis vorhanden

(G.M.) - Die Gemeinde Vaduz verfügt über ein dezentrales Entsorgungskonzept für Abfälle. Die Entsorgungsanlage «Haberfeld» ist in diesem Zusammenhang wesentlich erweitert und erneuert worden. Bürgermeister Arthur Konrad und Gemeinderat Josef Büchel stellten gestern die neue Anlage für die Öffentlichkeit vor.

Im Beisein von Vertretern der Gemeinde, der Projektfirma Broggi AG, des Amtes für Gewässerschutz nahm Bürgermeister Arthur Konrad die Eröffnung des neuen Entsorgungszentrums «Haberfeld» vor. In einer kurzen Ansprache wies er auf die Bedeutung der umweltgerechten Abfallentsorgung hin, die sich in der Gemeinde Vaduz auf ein dezentrales Entsorgungskonzept stütze. Dieses Konzept soll etappenweise verwirklicht werden, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, den nicht vermeidbaren Abfall nach dem Grundsatz der Umweltfreundlichkeit zu entsorgen.

### Hoffnung auf Abfall-Vermeidung

Gemeinderat Josef Büchel, Vorsitzender des Umweltausschusses der Gemeinde Vaduz, erläuterte den Standort der Entsorgungsanlage im Haberfeld. Hier befindet sich auch das Wasserwerk der Gemeinde, ebenso jedoch der Kindergarten und das Naherholungsgebiet Haberfeld. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Kinder des Kindergartens Haberfeld in 20 oder 30 Jahren die nun aufgestellten Entsorgungsanlagen wieder entfernen könnten, da der Abfallberg bis dahin



Die Abfallentsorgung in der Gemeinde Vaduz soll künftig vermehrt getrennt nach Materialien erfolgen. Unser Bild zeigt Bürgermeister Arthur Konrad und Gemeinderat Josef Büchel (Bildmitte) vor der Entsorgungsanlage Haberfeld. Links Pepi Becker, Leiter des Strassenbauamtes, rechts Helmuth Ospelt, Leiter des Bauamtes.

(Bild: Beat Schurte)

möglichst vermeidbar gemacht werden sollte.

Georg Willi vom Projektbüro Mario F. Broggi AG, welches das dezentrale Entsorgungskonzept für Vaduz erstellte, erklärte die Anlage mit den verschiedenen Trennungsmöglichkeiten der anfallenden

Abfälle. In einem Unterstand sind die Behälter für die Batterien sowie das Altöl (Motorenöl wie Speiseöl) untergebracht, daneben stehen die Behälter für das Weissblech, das Aluminium und das Glas in drei Farben. Hinzu kommen grosse Container für Altmetalle.

### Erziehungsprozess für Bevölkerung

Dass die Information für die Bevölkerung zur getrennten Abfallentsorgung eine notwendige, aber langwierige Aufgabe darstellt, konnte Georg Willi am Inhalt eines Containers demonstrieren.

Hier lagen Weissbleche und Aluminium neben Altmetallen und einem ausgedienten Paar Ski. Irgendjemand hatte einfach den gesamten Gerümpel in den ersten Container gekippt, ohne Rücksicht darauf, dass dieser Abfall getrennt entsorgt werden sollte. Georg Wille sprach in diesem Zusammenhang von einem langen Erziehungsprozess für die Bevölkerung, wobei er betonte, dass eine Grossteil der Leute heute bereit sei, zu einer umweltgerechten Entsorgung beizutragen. Oft sei es auch Unkenntnis über die Möglichkeiten der Entsorgung, die zu Fehlhandlungen führe.

### Saubere Ordnung und Bepflanzung

Fritz Verling wird sich künftig um die Ordnung auf dem Entsorgungszentrum bemühen. Dieser Aspekt ist für Bürgermeister Arthur Konrad besonders wichtig: «Hier sollte nicht nur der Abfall getrennt entsorgt werden, sondern alle sollten sich auch bemühen, diesen Entsorgungsort sauber zu halten.» Im nächsten Frühjahr wird mit der Bepflanzung begonnen. Wie Gemeinderat Josef Büchel erklärte, ist die Erstellung eines Grüngürtels um die Anlage vorgesehen. Zudem soll eine Eiche gepflanzt werden.

## Staatlicher Sonderbeitrag an NTB

Die Regierung ersucht den Landtag um einen Nachtragskredit

Die Regierung hat dem Landtag einen Nachtragskredit von 167 000 Fr. für das Neu-Technikum Buchs (NTB) unterbreitet. Dieser Beitrag, als Sonderbeitrag für das Projekt «Desk Top Publishing» und als zusätzlicher Defizitanteil, soll zum normal budgetierten Betriebskostenbeitrag von 668 000 Fr. hinzukommen. Mit dem Sonderbeitrag könnte nach Ansicht der Regierung ein «Äquivalent» geschaffen werden zu den ausserordentlichen Aufwendungen der Schweiz für den Aufbau der Informatik am NTB.

Aus dem Antrag der Regierung an den Landtag geht folgendes hervor: Aufgrund der im Herbst 1964 abgeschlossenen Vereinbarung ist Liechtenstein zusammen mit den schweizerischen Kantonen St. Gallen und Graubünden Träger der Interstaatlichen Ingenieurschule Neu-Technikum in Buchs. Als solcher übernimmt das Land nach Massgabe der aus unserem Land stammenden Schülerzahl einen Anteil an den durch Einnahmen nicht gedeckten Betriebskosten der Lehranstalt. Der für das Jahr 1990 budgetierte Landesbeitrag entspricht einem Anteil von 5,99 % (Durchschnitt aus Studentenzahl 1986/88) am veranschlagten Aufwandüberhang von 11 138 000 Fr. Bis 1989 konnten die budgetierten Betriebskostenbeiträge jeweils im Rahmen der jährlichen Voranschläge gehalten werden. Als Folge eines Hochwasserschadens vom Februar mussten Sofortmassnahmen zur Sanierung des Kanalisationssystems veranlasst werden, welche mit Mehrkosten von rund 160 000 Fr. verbunden sind. Bei der Budgeterstellung

war zudem nicht absehbar, dass der Subventionsbeitrag der Schweizerischen Eidgenossenschaft (Bundesbeitrag) von 40 auf 38 % gekürzt wird. Dies bewirkt einen Minderertrag von rund 120 000 Fr. gegenüber der budgetierten Ausgangslage. Zusammengefasst resultiert für Liechtenstein somit ein um rund 17 000 Fr. erhöhter Defizitanteil. - Unter dem Vorbehalt der Kreditgenehmigung durch den Landtag hat die Regierung dem Neu-Technikum (NTB) einen ausserordentlichen Sonderbeitrag von 150 000 Fr. zur Umsetzung des Projektes «Desk Top Publishing» an der Ingenieurschule in Aussicht gestellt. Bei diesem Innovationsprojekt handelt es sich um den Aufbau einer computergestützten Infrastruktur zur Entlastung der Dozenten von rein repetitiven Tätigkeiten.

Das Gesamtprojekt beläuft sich im Rahmen der Anschaffungsphase auf rund 600 000 Fr. Für die Finanzierung liegen dem NTB Zusagen von liechtensteinischen Stiftungen und Wirtschaftsunternehmungen in der Grössenordnung von 450 000 Fr. vor.

## Erhebliche Mehrkosten durch aktivere Aussenpolitik

Die Regierung verlangt Nachtragskredite vom Landtag für zusätzliche aussenpolitische Aufwendungen

(G.M.) - Die aktivere Aussenpolitik unseres Landes schlägt sich nicht nur in einer verminderten Präsenz der Regierungsmitglieder im eigenen Staat, sondern auch in erhöhten Kosten für den Staatshaushalt nieder. Die Regierung unterbreitet dem Landtag im Rahmen des zweiten summarischen Nachtragshaushaltes eine Reihe von zusätzlichen Kreditanträgen, die direkt oder indirekt mit aussenpolitischen Aktivitäten stehen.

Für Reiseauslagen hatte die Regierung im Budget 1990 einen Betrag von 150 000 Fr. vorgesehen. Nun fordert sie einen Nachtragskredit von 140 000 Fr. und begründet die erhöhten Kosten mit den Reisespesen im Vorfeld der Aufnahme Liechtensteins in die Vereinten Nationen sowie mit den Verhandlungen zur Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR): «Die Teilnahme an den Vorgesprächen und Konferenzen im Rahmen der Verhandlungen zur Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) und den Vorbesprechungen zur Erörterung der Fragen im Zusammenhang mit den sog. vier Freiheiten im

Personen-, Kapital-, Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen den Staaten der EFTA und EG machten zahlreiche Reisen und Aufenthalte an verschiedenen Konferenzorten notwendig. An den Verhandlungen war Liechtenstein teils durch Mitglieder der Regierung, teils durch Stabstellen der Regierung und teils durch Mitarbeiter verschiedener Ämter vertreten.»

### Mehrkosten EWR-Verhandlungen

Ebenso haben sich auch die Aufwendungen für die Mitarbeiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten im Rahmen der EWR-Verhandlungen erhöht. Zu den budgetierten Ausgaben von 40 000 Fr. kommen mit dem Nachtragskredit 70 000 Fr. hinzu.

Die Teilnahme von Mitarbeitern des Amtes für Volkswirtschaft an den laufenden Konferenzen weiteten auch die diesbezüglichen Kreditlimiten aus. Im Budget waren 160 000 Fr. vorgesehen, nun ersucht die Regierung den Landtag um einen Nachtragskredit von 100 000 Fr.

### Mehrkosten für UNO-Beitritt

Neben den EWR-Verhandlungen haben auch der UNO-Beitritt und die Sicherheitskonferenz zu Mehrkosten geführt, die über einen Nachtragskredit abgegolten werden sollen. Für den UNO-Beitritt hatte die Regierung einen Betrag von 200 000 Fr. in das Budget aufgenommen. Inzwischen hat sich nach Angaben der Regierung gezeigt, dass die Aufwendungen bis Jahresende auf 290 000 Fr. ansteigen werden. Inbegriffen in diesem Betrag sind nach dem Regierungsantrag auch die Kosten für die Bereitstellung, die Miete und Ausstattung der Räumlichkeiten der liechtensteinischen UNO-Mission in New York.

Im Interesse einer dem Anlass angemessenen Berichterstattung mit der Aufnahme Liechtensteins in die UNO hatte die Regierung einige Pressevertreter aus Liechtenstein und der Region nach New York eingeladen. Ebenso folgten zahlreiche schweizerische Journalisten der Einladung der Regierung im Vorfeld des Staatsbesuchs von Fürst Hans-Adam II. in der Schweiz. Der Nachtragskredit stellt sich hier auf 70 000 Fr., nachdem nur 20 000 Fr. für Journalistenbetreuung budgetiert worden waren.

Für die Teilnahme an den KSZE-Voranstaltungen hatte die Regierung im Voranschlag einen Betrag von 120 000 Fr. vorgesehen. Nun ersucht sie den Landtag um einen Nachtrag von 60 000 Fr.

## Auswirkungen der konjunkturellen Abschwächung

Vertreter der Industrie- und Handelskammer trafen sich mit der Regierung

(G.M.) - Die liechtensteinische Industrie spürt derzeit die Auswirkungen der allgemeinen Konjunkturabschwächung, was sich vor allem in Einbussen gegenüber den Rekorderträgen der jüngsten Vergangenheit zeigt. Diese Erklärung gab der Direktor der Industrie- und Handelskammer, Herbert Kindl, nach einem Treffen mit der Regierung ab. Vertreter der Industrie- und Handelskammer hatten sich gestern vormittag zu einem Meinungsaustausch über wirtschaftliche Fragen mit den Mitgliedern der Regierung getroffen.

Die Industrieunternehmen bemerkten den Konjunkturabschwung offenbar schon seit einiger Zeit in den Auftragsbüchern, doch für die Öffentlichkeit wurde der konjunkturelle Rückgang erst mit der Mitteilung der Balzers AG, dass Kurzarbeit eingeführt werde, richtig bekannt. Zum allgemeinen Rückgang der Konjunktur, die in unserem Land nach den Worten von LIK-Direktor Herbert Kindl eine Ueberkonjunktur war, kommt derzeit die Unsicherheit über die Golfkrise. Die Risiken, die eine allfällige Eskalation in diesem Krisengebiet in sich bergen, dürfen nach seiner Auffassung nicht

unterschätzt werden. Der Mittlere Osten war und ist für die liechtensteinische Industrie ein guter Absatzmarkt. Trotz Rückgang der Auftragseingänge verfügt die Industrie, wie Herbert Kindl erwähnte, über eine ausgezeichnete Ertragsentwicklung, die durch die Märkte in Europa und Asien auch nicht allzu stark von der Schwäche des US-Dollars beschnitten werde. Kindl warnte vor einer Dramatisierung der derzeitigen Situation und sprach sich für eine realistische Beurteilung aus. Gemäss den Konjunkturzyklen könne es nicht immer nur aufwärts gehen, zu-

mal die Hochkonjunkturphase der achtziger Jahre ohnehin erstaunlich lange angehalten habe. Die liechtensteinischen Industriebetriebe würden sich auf die veränderten Voraussetzungen einstellen und eine vorsichtige Personalpolitik betreiben. In ähnlichem Sinne hatte sich einige Tage vorher Regierungsrat René Ritter als zuständiger Ressortinhaber für die Wirtschaft vor der Gewerbe- und Wirtschaftskammer geäußert. Es seien Anzeichen vorhanden, hatte er ausgeführt, dass sich am bisher blauen Konjunkturhimmel langsam dunkle Wolken abzeichneten.

**nino**  
Herrenmode  
Städtlemarkt  
FL 9490 Vaduz · Tel. 075 28110

Montag, 3. Dezember  
von 13.30-18.30 Uhr  
und am  
Feiertag, 8. Dezember  
von 13.30-18.00 Uhr  
geöffnet  
Wir freuen uns auf Ihren Besuch  
**modehaus hannelore**